

Zum aktuellen Zustand der Schweizer Wirtschaft : die Stimmung ist schlechter als die Lage

Autor(en): **Kappeler, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **23 (1996)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910666>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zum aktuellen Zustand der Schweizer Wirtschaft

Die Stimmung ist schlechter als die Lage

Die Schweizer Wirtschaft wartet weiter auf den Aufschwung. Zwar sollte die Lage nicht dramatisiert werden, aber es stellen sich trotzdem hartnäckige Probleme. Eine verunsicherte Bevölkerung sieht sich mit gegenläufigen Rezepten konfrontiert.

Die Wirtschaft des ersten Halbjahres 1996 verbreitete eine pessimistische Stimmung in der Schweizer Bevölkerung. Der Detailhandel kam kaum vom Fleck, die Übernachtungen im Tourismus brachen ein, dem Bau standen wachsende Leerbestände an

Beat Kappeler*

Geschäfts- und Wohnräumen im Wege. Lehrstellen wurden knapp, der neue Chemieriese Novartis in Basel (Fusion von Ciba und Sandoz) kündigte massive Arbeitsplatzverluste an, die Grossbanken liessen ähnliches für die nähere Zukunft durchblicken.

Wie so oft war die Stimmung schlechter als die Lage, wenn man die gängigen Wirtschaftszahlen mit jenen der andern Länder vergleicht, vor allem im umliegenden Europa. Die Exporte hielten sich nämlich im allgemeinen recht gut, die Nationalbank verbilligte und verflüssigte das Geld, die Arbeitslosenrate liegt auf der Hälfte derjenigen Deutschlands oder Frankreichs.

Hartnäckige Probleme

Dennoch, die Probleme zeigen sich von ihrer hartnäckigen Seite, und dass ein baldiger Konjunkturaufschwung sie wegpusten werde, daran glauben nur wenige. Als grösste Sorge bezeichnen die Schweizerinnen und Schweizer in verschiedenen Umfragen die Arbeitsmarktlage. Mit gegenwärtig gut vier Prozent Arbeitslosen, die wieder leicht zunehmen, erreicht die Schweiz für immer überwunden geglaubte Werte. Während die Jungen, vor allem in der deutschen Schweiz, unterdurchschnittlich arbeitslos sind, trifft es die lateinische Schweiz fast doppelt so stark wie die deutsche Schweiz. Das Tessin zeigt die vierfache Arbeitslosigkeit der Innerschweiz. Verschiedene Gründe werden

*Der Autor ist Wirtschaftspublizist und arbeitet regelmässig für «Die Weltwoche» und «L'Hebdo»

angeführt – der Bauboom war in der Westschweiz grösser, der Staatsanteil höher, oder es drängten auch mehr Leute auf den Arbeitsmarkt als im alemannischen Landesteil.

Der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen steigt stetig an und liegt schon bei 45 Prozent, jener der Unqualifizierten bei 41. Dieses Ungleichgewicht verrät noch die Einwanderungspolitik der Schweiz aus den achtziger Jahren. Der Zuzug erfolgte vor allem über Saisoniers, zu billigen Arbeitsbedingungen. Wenn sie nach vier Saisonjahren in die übrige Wirtschaft hinüberwechseln, holt der Arbeitgeber erneut Saisoniers herein. Da die Schweiz keine europäische Freizügigkeit gewährt, müssen nun die arbeitslos gewordenen Ausländer ihre Unterstützung hier beziehen. Denn sie haben kein Recht auf Wiedereinwanderung und gehen nicht zwischeweise nach Hause.

Umstrittene Geldpolitik

Die Geldpolitik ihrerseits steckt in einer Zwickmühle. Während die Notenbank – für einige Kritiker zu spät – das Geld grosszügiger und zu billigeren Zinsen in die Volkswirtschaft fliessen lässt, entfaltet sich die expansive Wirkung nicht im gewünschten Mass. Denn gleichzeitig müssen die öffentlichen Hände griffige Sparmassnahmen durchsetzen. Geldpolitik und Fiskalpolitik arbeiten gegeneinander, die eine fördert die Kaufkraft, die andere nimmt sie zurück. Dies wird noch manche Jahre so bleiben, denn erst die Gemeinden haben ihre Budgets ins Lot gebracht, während Kanton und Bund die grösseren Einsparungen noch vornehmen müssen. Allein schon die künftige Verzinsung der rasch gewachsenen öffentlichen Schulden wird zu Druck auf viele andere laufende Ausgaben führen.

Die private Nachfrage tritt nicht in die Lücke. Der Rationalisierungsboom der Wirtschaft von 1994/1995 klingt ab, und die Einkommen der Haushalte



Jugendliche vor dem Arbeitsamt. Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel machen ihnen besonders zu schaffen. (Fotos: RDZ)

wachsen nicht. Der Stand der realen Einkommen liegt etwa so, wie er schon zu Beginn der neunziger Jahre war. Die verfügbaren Einkommen sind vielleicht da und dort zurückgegangen, weil die Abgaben für Sozialversicherung und Krankenkassen zunehmen und Arbeitsstellen wegfielen oder zu Teilzeit verkürzt wurden. So müsste ein fühlbarer Anstoss aus dem Ausland kommen.

Dieser Anstoss aber ist im recht depressiven Klima der europäischen Volkswirtschaften nicht auszumachen. Der Frankenkurs war den Winter über weiterhin zu hoch, und erst der Frühling liess ein normales Niveau erhoffen. Die Verlagerungen von Firmen und Arbeitsplätzen ins Ausland gingen ungebremst weiter, teils aus diesen Kostengründen, teils wegen des Abssetzstehens von der Europäischen Union. Beunruhigend auf die Dauer wirkt auch die massive Ausdünnung des deutschen Werkplatzes, weil die Schweiz ein guter Zulieferer dieses ehemals dynamischen Raums ist.

Der Frankenkurs wird nicht nur von fundamentalen Faktoren wie Kaufkraftvergleichen bestimmt. Sondern die seit

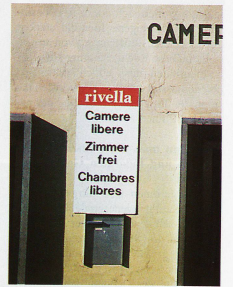
Dezember 1995 wahrscheinlich gewordene europäische Währungsunion treibt tendenziell die Frankenwährung hoch. Wird die Union eine instabile Angelegenheit, flieht Geld in den Franken. Wird sie stabil und integriert die meisten Währungen der Mitglieder, dann wünschen die internationalen Anleger in andere Gelder zu diversifizieren, wozu sich der Franken anbietet. Die Notenbank hat das Verhältnis des Franken zur Währungsunion noch nicht geklärt, so dass die Unsicherheit andauert.

Unterschiedliche Konzepte

Verständlicherweise ist die Stimmung der Wirtschaftsbürgerinnen und -bürger etwas gedrückt. Überraschend für Beobachter ausserhalb Europas dürfte die auf dem Kontinent verbreitete Auffassung sein, wonach alle weniger arbeiten sollen, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Viele können sich nicht vorstellen, dass es mit fortschreitender Technik genug Arbeit geben werde. Vielmehr fordern sie mehr Regeln und Sozialmassnahmen.

Die Behörden dagegen setzen auf die Liberalisierung des schweizerischen Binnenmarkts. Das verschärft Wettbewerbsrecht, die Massnahmen gegen technische Handelshemmnisse und für freie öffentliche Beschaffungen wurden gesichert, liberalisierte Post-, Fernmelde- und Verkehrsdienste angekündigt. Arbeitszeiten sollen künftig flexibler werden können, auch für Frauen und nachts.

Ein spannender Test der Konzepte von Regelung und Liberalisierung im Massstab eins zu eins kündigt sich somit in der schweizerischen Volkswirtschaft an.



«Zimmer frei» – auch der Tourismus leidet unter der Rezession und dem starken Schweizer Franken.

Interview mit Professor Remigio Ratti

«Die Solidarität wiederentdecken»

Professor Ratti, die Schweiz befindet sich in einer Krise: rekordhohe Arbeitslosigkeit, stagnierende Löhne, rote Zahlen bei der öffentlichen Hand. Was ist eigentlich passiert?

Wirtschaftlich gesehen unterscheidet sich die Schweiz der neunziger Jahre sehr stark gegenüber früher. Der entscheidende Unterschied ist weniger ein konjunktureller als vielmehr ein struktureller. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Übergangsphase, die geprägt ist von der Globalisierung der Märkte, der Wirtschaft sowie der Gesellschaft. Diese neue Situation erfordert einerseits eine direkte Präsenz der Schweiz auf den ausländischen Märkten und andererseits

eine Öffnung unseres Heimmarktes. Deshalb versucht der Staat auch, die protektionistischen Fesseln zu lockern, welche den freien Markt behindern.

Die Krise hat die lateinische Schweiz härter erfasst als die Deutschschweiz. Gefährdet dies nicht die nationale Einheit und damit das eigentliche Fundament des Landes?

Das Problem ist folgendes: Die Eidgenossenschaft als Staat ist nicht mehr in der Lage, die Beziehungen zwischen dem Globalen und dem Lokalen zu regeln. So entsteht das Phänomen neuer Regionalisierungen: Um konkurrenzfähig zu bleiben, organisiert man sich in der Schweiz immer seltener auf nationaler Ebene, sondern zunehmend in überregionalen Einheiten, die aus diversen Kantonen zusammengesetzt sind. Das Mittelland, die Regio Basiliensis, die Innerschweiz, das Léman-Becken und die Ost-



Remigio Ratti ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Freiburg und Direktor des «Istituto di ricerche economiche del canton Ticino» in Bellinzona. Im vergangenen Jahr wurde er auf der Liste der Christlichdemokratischen Volkspartei in den Nationalrat gewählt.